



Interviews

10. April 2024

Philipp May im Gespräch mit Martin Hikel, SPD, Bürgermeister Berlin-Neukölln

Philipp May: Die Stichworte sind gefallen: Mehr Gewaltkriminalität, mehr Jugendkriminalität, mehr Ausländerkriminalität. Das sind alles nackte Zahlen, die aber noch nicht direkt etwas darüber aussagen, ob und wie sich das im allgemeinen Zusammenleben bemerkbar macht. Deshalb lohnt es sich, nach Berlin-Neukölln zu schauen, wo von den über 300.000 Einwohnern rund die Hälfte einen Migrationshintergrund hat. Neukölln ist gleichzeitig Anziehungspunkt für junge Leute und sozialer Brennpunkt, an dem sich viele Probleme und Konflikte schneller bemerkbar machen als anderswo.

Der SPD-Politiker Martin Hikel ist dort seit sechs Jahren mittlerweile Bezirksbürgermeister und jetzt am Telefon. Guten Morgen, Herr Hikel.

Martin Hikel: Schönen guten Morgen, Herr May.

May: Überraschen Sie die Zahlen der Kriminalstatistik?

Hikel: Dass es insgesamt mehr Tatverdächtige gibt und die Zahlen hochgehen, das eigentlich nicht, weil wir merken ja eigentlich insgesamt in vielen Metropolen-Räumen, aber auch an anderen Stellen, dass wir mehr Menschen werden und dass dadurch auch die Konflikte mehr werden. Das heißt, dass wir mehr wahrnehmen, glaube ich, ist jetzt relativ, ich möchte fast sagen, nicht selbstverständlich, aber das ist relativ nachvollziehbar, und das ist bei uns nicht anders wie bei vielen anderen in der Republik.

May: Herr Hikel, ich habe gestern Abend einfach mal so bei Google News „Neukölln“ eingegeben. Das erste, was da kam, war „Tagesspiegel“, blutige Auseinandersetzung, drei Verletzte, ein 28jähriger zunächst in Lebensgefahr, aus unbekanntem Gründen wurde ein Messer gezogen. Das zweite war dann „T-Online“, homophobe Attacke, Jugendliche schlagen Frau in den Intimbereich. – Ist das jetzt Zufall, oder ist das sinnbildlich?

Hikel: Es kommen solche Vorfälle in der gesamten Stadt und auch in Neukölln leider immer wieder vor. Ich kann aber nicht sagen, dass sie jetzt in diesem Jahr oder im letzten Jahr besonders viele geworden sind. Wenn man heute reinguckt: Wir hatten gestern einen Termin, da haben wir zwei junge Mädchen ausgezeichnet, die einen Jungen aufgegriffen haben, der drei Jahre alt war und nicht wusste, wo er hin soll, und haben dem Jungen geholfen, und das auch in einem vermeintlichen Problem-Kiez. Auch das ist Neukölln. Insofern: Die Schlagzeilen sind durchaus divers.

May: Welche Delikte haben denn zugenommen bei Ihnen? Können Sie das quantifizieren?

Hikel: Wo wir durchaus eine Veränderung wahrnehmen und was ich auch wirklich sehr besorgniserregend finde ist, dass es mehr Konflikte unter jungen Menschen, unter Jugendlichen gibt, gerade an Schulen. Allein in Berlin haben wir rund fünf Polizeieinsätze an Berliner Schulen jeden Tag. Das sind für mich fünf zu viel. Es gibt immer wieder Berichte von Kolleginnen und Kollegen der Polizei, die, wenn sie an die Schulen gerufen werden, von Erniedrigungsaktionen berichten bis hin zu roher körperlicher Gewalt. Das ist etwas, was gefühlt die Kolleginnen und Kollegen von der Polizei berichten und was mir auch Schulen zum Teil berichten, dass die Konflikte da in einzelnen Bereichen durchaus zugenommen haben und dort die Schulen und die Lehrkräfte vor große Herausforderungen stellt.

May: Interessant, dass Sie das ansprechen. Neukölln stand ja schon vor Jahren deswegen mal im Fokus. Da ging es vor allen Dingen um eine Schule bei Ihnen, die Rütli-Schule. Dann hatte man den Eindruck, es ist besser geworden. Ich glaube, auch gerade diese Schule wurde fast schon zu einer Vorzeigeschule. Ist das wieder ein Rückschritt, den Sie sehen?

Hikel: Die Gründe dafür, die gilt es sicherlich mal zu erörtern. Das hat ja auch die Statistik deutlich gemacht, dass es mehr Jugendliche und ganz junge Tatverdächtige gibt. Da gibt es ja, wenn Sie mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sprechen, durchaus diverse Erklärungsmöglichkeiten. Die Corona-Pandemie ist eine davon, wo gerade in Brennpunkten Kinder und Jugendliche auf relativ engem Raum sehr lange zusammen gewesen sind, was irgendwie für Stress gesorgt hat. Die konnten nicht vernünftig teilhaben an der Gesellschaft und der Start danach war auch nicht für alle einfach. Das sind ja durchaus Erklärungsmuster oder Möglichkeiten, die man dann auch mal vertiefen sollte und müsste, um das irgendwie nachvollziehen zu können, was erst mal für mich logisch wäre, dass das ein Grund sein könnte. Aber ein klassischer Rückschritt wäre wahrscheinlich zu früh zu sagen, dass wir da schon sind. In jedem Fall ist es jetzt für politisch Verantwortliche und auch für Behörden durchaus ein Fakt, dass diese Zahlen zunehmen und dass wir da was machen müssen, dass da sich was ändern sollte.

May: Dazu kommen wir gleich. Ich will noch einen Punkt hervorheben. Wir haben es auch im Beitrag gehört. Jetzt sagen ja viele, das Problem liegt auch an der ungesteuerten Migration, weswegen die Integration schwieriger wird und die Ausländerkriminalität überproportional ansteigt. Die anderen sagen, das stimmt gar nicht so, das sind statistische Verzerrungen. Unter anderem, weil schlicht und ergreifend mehr Migranten da sind, steigt dann auch zwangsläufig die Zahl der Straftaten bei den Migranten, die Tatverdächtige sind. Was würden Sie sagen? Würden Sie sagen, wir haben ganz explizit ein Problem mit Kriminalität von Menschen, die hier neu zu uns gekommen sind, mit Geflüchteten?

Hikel: Dass Geflüchtete gerade zur Risikogruppe gehören, gerade wenn es alleinerziehende Männer sind, wenn gerade die Verfahren sehr lange dauern, die Leute sehr lange in irgendwelchen Kabuffen gehalten werden, dass das Risiko da besonders hoch ist insgesamt, dass Menschen aus diesen Gruppen kriminell werden, ist, glaube ich, sehr naheliegend und jetzt auch relativ trivial. Daraus jetzt den Schluss zu ziehen, dass ungesteuerte Migration, wie es zum Teil auch in dem Beitrag hieß, jetzt ursächlich dafür sei, dass wir jetzt mehr Kriminalität im Land haben, finde ich dann ein bisschen zu kurz gesprungen und einen etwas zu engen

Rahmen, denn ich finde schon, man muss solche Statistiken vernünftig auswerten. Und dann gehört ja auch zur Wahrheit dazu, dass wir seit 2022 allein 1,5 Millionen Menschen mehr ohne deutschen Pass hier drin haben, in Deutschland haben, und wenn wir jetzt diese Zahl ein Stück weit bereinigen, sagt ja auch das Bundeskriminalamt selbst, dann haben wir bei manchen Delikten einen genauso hohen oder sogar geringeren Anstieg an Tatverdächtigen Menschen ohne deutschen Pass als unter Deutschen, die aufgeführt worden sind. Ich finde, diese Verzerrung muss man schon vernünftig rausrechnen, um nicht die falschen Schlüsse daraus zu ziehen und in die üblichen rassistischen Ressentiments reinzugehen. Es sollte uns aber durchaus zu bedenken geben, dass wir die Risikogruppen haben und dass wir da offenbar mit den Integrationsmaßnahmen bisher nicht ausreichend die Menschen erreicht haben und die auch nicht gegriffen haben. Insofern sollte uns das eher zu denken geben als das übliche, ich sage es mal ganz platt, die Ausländer sind schuld. Ich finde, das ist ein Stück weit zu billig und das geht dann eher in Richtung Rassismus, was ich ablehne.

May: Aber trotzdem kann man auch ganz un-rassistisch zu dem Schluss kommen, dass es einfach so viele sind, dass wir mit der vernünftigen Integration, weil es nicht genug Leute gibt, die integrieren, nicht mehr richtig hinterherkommen.

Hikel: In manchen Bereichen sehen wir, dass die Tatverdächtigen und die Anzahl sogar unterdurchschnittlich ist. Insofern stimmt das auch nicht ganz. Das zeigt aber, dass wir einen höheren Anteil an Verdächtigen haben unter Menschen ohne deutschen Pass. Da sind ja auch diejenigen mit dabei, die schon seit vielen Jahren hier sind. Dann muss ich mir eher die Frage stellen, inwiefern haben wir unsere Politik darauf ausgerichtet, den Menschen hier zum Beispiel Arbeit zu geben. Warum gibt es Menschen, die seit sieben, acht Jahren in relativ kleinen Kabuffen mit ihren Familien leben und dort gar nicht rauskommen. Warum sind manche Anerkennungsverfahren immer noch nicht durch. Ich finde, da gilt es, noch mal stärker zu steuern, weil wir andererseits ja auch Fachkräfte brauchen. Wir können jetzt nicht einfach sagen, wir lassen das erst mal alles sein und steuern aber auf einen Fachkräftemangel zu, der mittlerweile ja schon in allen Branchen aktuell greifbar ist. Insofern, finde ich, sollten die Anstrengungen andere sein und die Statistik sollte ein Alarmsignal sein dahingehend, dass wir unsere Maßnahmen der Teilhabe hier verstärken müssen.

May: Nancy Faeser fordert ein härteres Durchgreifen des Rechtsstaats. Ist der Rechtsstaat zu lasch?

Hikel: Ich glaube, der Rechtsstaat ist nicht zu lasch. Ich glaube, es ist immer richtig zu sagen, dass der Rechtsstaat hart durchgreifen muss und konsequent sein muss. Ich glaube, das zählt mit dazu.

May: Das ist eine Binse, mit anderen Worten?

Hikel: Ja. Ich finde, das ist eine Binse, weil das gilt immer. Der Rechtsstaat muss immer konsequent und hart durchgreifen, wenn er denn gefordert ist. Das kann man sagen, das muss man sagen, das gehört dazu, das ist auch richtig, aber ich finde, die Schlussfolgerungen – das zeigt ja auch die Debatte -, die müssen wahrscheinlich nach einem tieferen Zoom in die Statistik politisch noch mal stärker ausgewertet werden.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

May: Was würde denn Ihrer Meinung nach vor Ort am meisten helfen, um Integration, um Teilhabe zu erleichtern?

Hikel: Hier bei uns merken wir vor allem, dass das Thema Jugendkriminalität ein riesiges ist. Wir haben hier vor Ort mit einem sehr guten Präventionsteam der Polizei sehr gute Erfahrungen gemacht, wo Kolleginnen und Kollegen von der Polizei direkt nach Gewaltvorfällen unmittelbar danach an die Schulen gehen und sogenannten Normen verdeutlichen, Gespräche führen, um auch die Konsequenzen von solchen Rohheitsdelikten den jungen Menschen deutlichzumachen, und auch zu sagen, dass sie ernstmachen, und das wirkt. Das funktioniert. Die Rückmeldungen sind durchaus positiv von Schulen und auch von Eltern. Das heißt, von solchen Projekten braucht es mehr. Da gibt es gute Leuchtturmprojekte. Ich finde, das zeigt, dass es funktionieren kann. Wir haben in Neukölln eine AG Kinder- und Jugendkriminalität, wo wir Schwellentäter, junge Menschen, die drohen, Intensivtäter zu werden, sehr intensiv sozialarbeiterisch begleiten und beraten. Von diesen Tätern oder von diesen noch nicht Tätern war niemand bei der berüchtigten Silvesternacht _22/_23 beteiligt. Auch das funktioniert und auch das wird jetzt ausgerollt. Die Ansätze gibt es. So was wie ein Präventionsprojekt bei der Polizei ist noch eine Individualleistung von den Kolleginnen und Kollegen. Das regelhaft in solchen Brennpunkten in der Republik auszurollen, wären durchaus Vorbilder, wo man sagen kann, da müssen wir verstärkt ran.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.